



Kenny Eliason / Unsplash

## [Aussagen zu den Krankenkassenprämien im Faktencheck](#)

# Wie stark werden Haushaltsbudgets durch die Prämien belastet?

Nora Wille<sup>a</sup>, Yvonne Gilli<sup>b</sup>

<sup>a</sup> Dr. phil., persönliche wissenschaftliche Mitarbeiterin der Präsidentin; <sup>b</sup> Dr. med., Präsidentin der FMH

Die Höhe der Krankenkassenprämien ist ein wichtiges Thema für die Schweizer Haushalte, das gute politische Lösungen verlangt. Dies setzt eine vertiefte Kenntnis der aktuellen Prämienbelastung auf Basis zuverlässiger Angaben voraus. Leider werden jedoch immer wieder irreführende oder sogar falsche Zahlen verbreitet. Wir gehen darum einigen Aussagen zur Prämienhöhe nach.

Zahlen zur Höhe und Entwicklung der Krankenkassenprämien begegnen uns seit Jahren regelmässig in Politik und Presse – und werden dies in nächster Zeit noch häufiger tun: Mit zwei Gesetzespaketen zur Dämpfung der Gesundheitskosten im Parlament sowie mit zwei Volksinitiativen, die sich auf die Prämienlast beziehen, haben Zahlen zur Prämienhöhe und -entwicklung Hochkonjunktur – und erwecken den Anschein von Objektivität.

Angesichts der grossen Bedeutung der Prämienausgaben für die Bevölkerung und angesichts der anstehenden wichtigen politischen Entscheidungen über unser Gesundheitswesen lohnt sich jedoch ein genauer Blick auf diese Zahlen. Denn leider kommt es immer wieder vor, dass an entscheidenden Stellen irreführende oder sogar falsche Darstellungen verbreitet werden. Dies wurde erst kürzlich für offizielle Informationen des Bundes aufgezeigt [1], aber auch im Parlament oder in

öffentlichen Diskussionsrunden mit grosser Reichweite wird gelegentlich mit fragwürdigen Zahlen argumentiert.

### Erschreckende Aussagen zur Prämienbelastung

«Das durchschnittliche Haushaltsbudget wird mit 14% belastet» lautete Ende Mai beispielsweise eine Aussage im Parlament bei der Diskussion zu Kostenzielen im Nationalrat [2]. Widerspruch regte sich nicht – obwohl der tatsächliche Wert bei 7% liegt. Im Juni wurde in der SRF-Sendung «Arena» eine noch höhere Belastung genannt: «Im Parlament sind wir jetzt auf einem guten Weg, wir haben erkannt, dass die Belastung zu hoch ist (...) im Kanton Bern ist die Prämienbelastung durchschnittlich – und die Zahlen kommen vom Bundesamt für Gesundheit – 18% vom verfügbaren Einkommen» [3]. Auch diese Aussage ist unzutreffend. Der tatsächliche Wert liegt bei 9%.

Dass die hier zitierten Angaben nicht stimmen können, müsste eigentlich jeder schnell merken, der seine Krankenkassenprämie kennt und grob überschlagen kann. Denn wären die Werte von 14% beziehungsweise 18% zutreffend, müsste das mittlere Haushaltsbudget eines Einpersonenhaushalts das etwa Siebenfache beziehungsweise Fünffache der mittleren Prämie betragen. Angesichts der mittleren Erwachsenenprämie von aktuell 373.80 Franken [4] läge das mittlere Haushaltsbudget oder verfügbare Einkommen also bei 2617 oder sogar nur 1869 Franken – ein Wert, der für einen Schweizer Durchschnitt offensichtlich zu niedrig angesetzt ist. Auch wenn man diese Angaben für Mehrpersonenhaushalte überschlägt, zeigt sich, dass sie nicht stimmen können.

### Belastung ist halb so hoch wie behauptet

Wie hoch ist die Belastung aber tatsächlich? Ein Blick in die letzten Daten der Haushaltsbudgeterhebung [5] zeigt, dass im Jahr 2019 ein durchschnittlicher Schweizer Haushalt über ein monatliches Bruttoeinkommen von 9582 Franken für 2,1 Personen verfügte. Die monatlichen Ausgaben für die Grundversicherung betru-

gen mit 670 Franken 7% des Bruttoeinkommens beziehungsweise 9% des verfügbaren Einkommens, das heisst des Bruttoeinkommens abzüglich aller obligatorischen Abgaben wie Steuern, Sozialversicherungen (einschliesslich obligatorischer Krankenpflegeversicherung, OKP) und Transferzahlungen an andere Haushalte. Um die Höhe der OKP-Prämien gemessen am verfügbaren Einkommen aufzeigen zu können, ohne sie doppelt zu berücksichtigen, wird diese hier jedoch nicht bereits vorab vom Bruttoeinkommen abge-

### Dass die hier zitierten Angaben nicht stimmen können, müsste jeder schnell merken, der seine Krankenkassenprämie kennt und überschlägt.

zogen. Auch im Kanton Bern gaben die Haushalte gemäss der letzten Daten der Haushaltsbudgeterhebung 7% ihres Bruttoeinkommens beziehungsweise 9% ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien aus – und damit nur die Hälfte dessen, was der Öffentlichkeit verkündet wurde.

### Falsche Aussagen halten sich lange

Doch wie kommt es zu diesen falschen Angaben? Die Behauptung einer durchschnittlichen Prämienbelastung von 14% lässt sich auf den vorletzten Bericht des Bundesamts für Gesundheit (BAG) zur Prämienverbiligung zurückführen [6] – und auf eine falsche Angabe dazu in einem BAG-Communiqué aus dem Jahr 2018 [7]. Damals teilte das BAG mit, im Jahr 2017 hätte «die durchschnittliche finanzielle Belastung durch die Krankenversicherung 14 Prozent des verfügbaren Einkommens aller Haushalte in allen Kantonen» entsprochen, was von zahlreichen Medien weiterverbreitet wurde. Nur die NZZ rechnete nach – und stellte fest, dass diese Angabe nicht stimmen kann [8]. Auf Nachfrage der NZZ stellte das BAG dann auch richtig, die Zahl beziehe sich nicht auf *alle*, sondern ausschliesslich auf *einkommensschwache* Haushalte. Doch selbst für diese Haushalte überschätzte das BAG die Belastung deutlich, wie die NZZ analysierte. Denn der BAG-Bericht unterstellte, einkommensschwache Haushalte würden grundsätzlich die hohe Standardprämie statt kostengünstigerer Tarife wählen. So kalkulierte das BAG zum Beispiel für den Kanton Zürich mit einer Erwachsenenprämie von 480 Franken, obwohl die günstigste verfügbare Prämie damals unter 200 Franken betrug. Die NZZ berechnete, eine kostenbewusste einkommensschwache Familie mit zwei Kindern könne ihre Prämienausgaben bei 7% halten – während der BAG-Bericht mehr als das Doppelte angab. Die falsche Angabe, das durchschnittliche Haushaltsbudget würde

### Was ist die Standardprämie, was die mittlere Prämie und warum ist das wichtig?

Die Standardprämie bezahlen weniger als 15% der Versicherten, nämlich jene, die das Standardmodell mit ordentlicher Franchise und Unfalldeckung wählen. Aussagekräftiger ist die «mittlere Prämie», das heisst die tatsächliche durchschnittliche Prämienbelastung pro Person. Der Unterschied ist wichtig, weil die Standardprämie deutlich höher ist als die real bezahlte mittlere Prämie (486 statt 373.80 Franken für Erwachsene im Jahr 2022) und auch deutlich stärker gestiegen ist. Es wurde bereits kritisiert, nur die Standardprämie heranzuziehen habe «einen Hauch von Fehlinformation» [19].

durch die Prämien mit 14% belastet, kann also seit Dezember 2018 als widerlegt gelten. Trotzdem wird sie immer noch in Diskussionen zur Prämienlast wiederholt – obwohl die Realität mit 7% des Bruttoeinkommens beziehungsweise 9% des verfügbaren Einkommens deutlich positiver aussieht.

### Trotz Korrektur falsche Wiedergabe

Und wie kam es zur falschen Angabe, im Kanton Bern würde man durchschnittlich 18% des verfügbaren Einkommens für die Prämien ausgeben – obwohl es mit 9% gerade einmal halb so viel ist? Ironischerweise lässt sich auch diese Angabe auf den Bericht des BAG zur Prämienverbilligung zurückführen – und dies obwohl in der neuesten Ausgabe methodisch nachgebessert wurde [9]. Der Bericht geht nun nicht mehr davon aus, dass alle einkommensschwachen Haushalte die teure Standardprämie bezahlen. Im Gegenteil hält er sogar explizit fest, dass sechs der sieben untersuchten einkommensschwachen Modellhaushalte effektiv etwa die mittlere Prämie bezahlten, nur einer der Modellhaushalte zahle eine effektive Prämie «zwischen der Mittleren Prämie und der Standardprämie» [9]. Neu zeigt der Bericht die Prämienbelastung immer in zwei Varianten: einmal auf Basis der Standardprämie und einmal auf Basis der mittleren Prämie.

Die im BAG-Bericht erwähnte Zahl von 18% für den Kanton Bern beschreibt somit wieder nicht den Durchschnitt *aller* Haushalte, sondern ausschliesslich die sieben untersuchten *einkommensschwachen* Modellhaushalte – und träfe selbst für diese auch wieder nur dann zu, wenn diese die teure Standardprämie wählen. Da

die untersuchten Haushalte dies laut Bericht jedoch grossmehrheitlich nicht tun, sondern etwa die mittlere Prämie bezahlen, wenden selbst die einkommensschwachen Haushalte im Kanton Bern nicht 18%, sondern 11% ihres verfügbaren Einkommens für die Prämien auf, wie derselbe Bericht einige Seiten später auch ausweist.

Abbildung 1 zeigt für die bevölkerungsreichsten Kantone, welchen Anteil ihres verfügbaren Einkommens die Haushalte für die Grundversicherung ausgeben, differenziert für die Gesamtheit aller Haushalte und die einkommensschwachen Modellhaushalte der BAG-Berichte.

### Vierköpfige Familie bezahlt 8,2% für OKP

Neben den Angaben zur relativen Belastung der Schweizer Haushalte durch die Krankenkassenprämien lassen auch Zahlen zur absoluten Belastung von Familien aufhorchen: «15000 Franken pro Jahr kostet

### Die vom BAG publizierten mittleren Jahresprämien für 2020 zeigen deutlich geringere Ausgaben als im Parlament behauptet.

die Krankenkasse für eine vierköpfige Familie» [2] betonten mehrere Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der Nationalratsdebatte Ende Mai. Ein weiterer Parlamentarier sprach sogar von durchschnittlich 1500 Franken, die eine vierköpfige Familie im Monat bezahle, was 20% ihres Budgets entspräche.

Ein Blick in die Haushaltsbudgeterhebung vermittelt hingegen einen anderen Eindruck. Diese weist für Paare mit zwei Kindern ein durchschnittliches monatliches Bruttohaushaltseinkommen von 13121 Franken aus, wovon durchschnittlich 842 Franken für die Grundversicherung ausgegeben werden [10]. Damit ergäbe sich für diese Haushalte eine durchschnittliche Jahresprämie von 10104 Franken, was 6,4% ihres Bruttohaushaltseinkommens beziehungsweise 8,2% ihres verfügbaren Einkommens entspricht.

Auch die vom BAG publizierten mittleren Jahresprämien für 2020 [11] zeigen deutlich geringere Ausgaben als im Parlament behauptet. Addiert man jeweils zwei Jahresprämien für Kinder (1199 Franken) und Erwachsene (4485 Franken), ergeben sich 11368 Franken für eine vierköpfige Familie. Da Mütter und Väter in Familienhaushalten jedoch altersbedingt eher Prämien unterhalb des Erwachsenen-Mittelwerts bezahlen dürften, sollten die Kosten der Familien in der Realität – wie in der Haushaltsbudgeterhebung ermittelt – etwas geringer ausfallen.

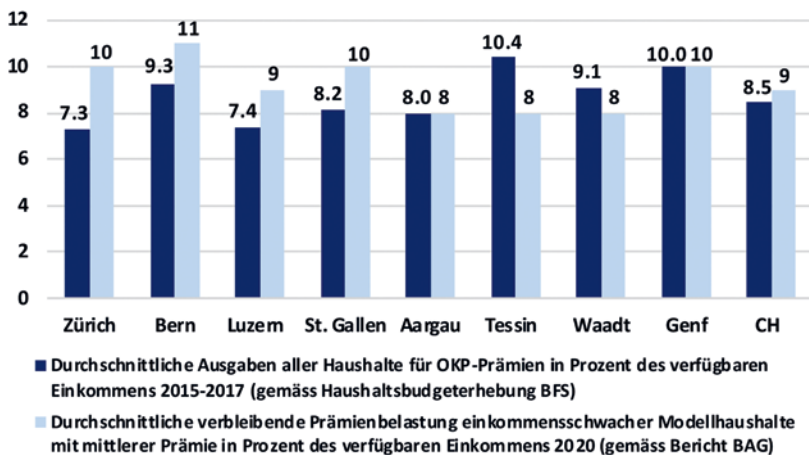


Abbildung 1: Durchschnittliche Ausgaben für die Krankenkassenprämien in Prozent des verfügbaren Einkommens (a) aller Haushalte und (b) einkommensschwacher Modellhaushalte [5,9].

Eine deutlich höhere Prämienbelastung ergibt sich hingegen für die 4% der Haushalte, in denen mindestens ein Kind im jungen Erwachsenenalter lebt. Da deren mittlere Jahresprämie bei 3154 Franken liegt [11], summieren sich für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern zwischen 19 und 25 Jahren die Beiträge aller Familienmitglieder mit 15278 Franken tatsächlich auf die im Parlament genannte Grössenordnung. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Prämien für junge Erwachsene in Ausbildung aus Familien mit unteren und mittleren Einkommen seit 2019 um mindestens 80% beziehungsweise um 50% verbilligt werden müssen [9]. Gemäss BAG erhielten 39% der Kinder sowie 41% der jungen Erwachsenen im Jahr 2020 Prämienverbilligungen, die 80% beziehungsweise 69% der Prämie abdeckten [9].

### Prämienlast differenziert diskutieren

Unser Abgleich einiger Aussagen zur Prämienhöhe mit öffentlich verfügbaren Daten zeigt, dass in der politischen Prämien Diskussion mitunter unzureichend differenziert und stark übertrieben wird. Die Verwendung von Zahlen erweckt dabei den Anschein von Objektivität: Häufig werden diese von den Zuhörenden als Tatsachen akzeptiert – ohne kritisch überprüft zu werden. Damit bieten sich Zahlen auch für Instrumentalisierungen an. Bereits anlässlich der im Jahr 2018 vom BAG verbreiteten Angabe von 14% wurde gemutmasst, das Bundesamt übertreibe die Prämienlast bewusst, um seine Kostendämpfungsprojekte zu legitimieren und der SP-Prämien-Initiative Rückenwind zu verleihen [8]. Eine ähnliche Vermutung deutete die NZZ auch im Juni 2022 an: Der neuste Bericht zur Prämienverbilligung zeige, dass «die Probleme gar nicht so gross, wie bisher vermutet» seien. Dieser Bericht sei jedoch vom Bund im Unterschied zu früheren Jahren «maximal unauffällig veröffentlicht» worden [12]. Die Belastung der Haushalte durch die Krankenkassenprämien ist jedoch zu wichtig für irreführende, falsche oder unvollständige Zahlen. Gute politische Lösungen

### Berichte zur Prämienverbilligung

Das BAG publiziert regelmässig Berichte zur Prämienverbilligung. Diese untersuchen für sieben Modellhaushalte aus wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen die durchschnittliche Belastung durch die OKP-Prämien. Dabei wurde in der Vergangenheit zudem unterstellt, einkommensschwache Haushalte würden die hohe Standardprämie bezahlen. Die in den Berichten ermittelte Belastung ausgewählter einkommensschwacher Modellhaushalte, die die teuerste Prämie wählen, wurde bereits mehrfach fälschlicherweise als durchschnittliche Belastung aller Haushalte dargestellt.

sollten überzeugen können, ohne auf starke Übertreibungen angewiesen zu sein. Gerade das Beispiel der Familienhaushalte zeigt die Komplexität des Themas: Die Prämienlast kann hier allein in Abhängigkeit vom Alter der Kinder sehr unterschiedlich ausfallen und auch die Ausgestaltung der Prämienverbilligung nimmt einen starken Einfluss. Vonseiten der FMH haben wir darum bereits mehrfach Analysen zur unterschiedlichen Prämienbelastung verschiedener Haushaltstypen [13, 14], Prämiensorgen [15] sowie die Prämienentwicklung [16] und den Einfluss unseres Finanzierungssystems [17] publiziert. Diese zeigen unter anderem, dass wir einen immer grösseren Teil unseres Gesundheitswesens über Kopfprämien finanzieren. Dies trifft nicht nur einkommensschwächere Haushalte überproportional – sondern auch Familien, die naturgemäss über mehr Köpfe als Einkommen verfügen. Die lange fällige Finanzierungsreform EFAS wäre darum auch für die Situation von Familien entlastend [18].

Über politische Schlussfolgerungen wie diese kann man unterschiedlicher Meinung sein. Auch darüber, welche Prämienhöhe noch akzeptabel ist und welche nicht mehr, können die Meinungen auseinandergehen. Wie hoch die Prämien *sind*, ist jedoch keine Frage der Meinung. Wenn wir über Zahlen sprechen, sollten diese stimmen – nur so können politische Lösungen der Situation gerecht werden.

#### Literatur

Vollständige Literaturliste unter [www.saez.ch](http://www.saez.ch) oder via QR-Code



[nora.wille\[at\]fmh.ch](mailto:nora.wille[at]fmh.ch)